

Nr.		Seite
	b) Zur Frage der Berücksichtigung rückständiger Einkommensteuer bei der Berechnung des Pflichtteils eines Abkömmlings und der Eltern des Erblassers, wenn dieser mit dem überlebenden Ehegatten zusammen veranlagt wurde . . .	29
7.	7. XII. 78 X ZR 4/76	40
	Zur Behandlung eines vor dem 1. Oktober 1968 angemeldeten Patents im Nichtigkeitsverfahren, wenn im Erteilungsverfahren ein Merkmal hinzugefügt worden ist	
8.	11. XII. 78 NotZ 2/78	46
	Zum Notar kann nur bestellt werden, wer die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit die verfassungsmäßige Ordnung wahren wird	
9.	11. XII. 78 NotZ 5/78	54
	Die Errichtung einer neuen Notarstelle ist nicht zu beanstanden, wenn nach den Geschäftszahlen des Jahres vor Errichtung der Stelle unter deren Berücksichtigung jeder Notar im Durchschnitt 1 800 „bereinigte“ Nummern zu erledigen hätte und jedem Notar abgabepflichtige Gebühren von durchschnittlich mindestens 200 000 DM verbleiben würden	
10.	12. XII. 78 KVR 6/77	65
	a) Relevanter Markt. b) Verstärkung der marktbeherrschenden Stellung eines Elektrizitätsversorgungsunternehmens. c) Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen. d) Wesentlicher Teil des Geltungsbereichs des GWB (§ 24 Abs. 8 S. 3)	

I N H A L T

Nr.		Seite	
1.	14. XI. 78 VI ZR 133/77	Im Zuge der Ausführung übertragener Aufgaben aus dem Bereich des Zivilschutzes sind die Gemeinden auch befugt, Ansprüche aus der Beschädigung von im Eigentum des Bundes stehenden Alarmeinrichtungen im eigenen Namen geltend zu machen und Leistung an sich zu verlangen	1
2.	23. XI. 78 II ZR 27/77	Die Regelung des § 644 Satz 1 HGB, wonach bei fehlender Angabe des Verfrachters im Konnossement der Reeder als Verfrachter gilt, erstreckt sich nicht auf den Frachtvertrag	4
3.	23. XI. 78 VI ZR 41/78	Zum „Weiterbetreiben“ des Prozesses im Sinne von § 211 Abs. 2 Satz 2 BGB genügt jede zur Förderung des Prozesses bestimmte und nach objektiven, nicht zu engen Maßstäben geeignet erscheinende Handlung einer Partei. Daß die Handlung den Prozeß tatsächlich „demnächst“ fördert, ist nicht entscheidend	8
4.	24. XI. 78 V ZB 14/78	Das Grundbuchamt kann die Vorlage eines Zeugnisses der Gemeinde nach § 24 Abs. 5 Satz 3 BBauG nicht verlangen, wenn sich aus dem zu vollziehenden notariellen Vertrag ergibt, daß ein Vorkaufsfall nicht vorliegt	12
5.	30 XI. 78 III ZR 43/77	a) Zur Frage, ob die Zeit eines seuchenpolizeilichen Tätigkeitsverbots auf den Mindesturlaub des Arbeitnehmers nach dem Bundesurlaubsgesetz anzurechnen ist. b) Steht einem Arbeitnehmer, gegen den ein seuchenpolizeiliches Tätigkeitsverbot verhängt worden ist, für den Verbotszeitraum ein Lohnfortzahlungsanspruch nach § 616 Abs. 1 BGB zu, so besteht ein Entschädigungsanspruch nach § 49 Abs. 1 BSeuchG nicht. Daher kann der Arbeitgeber eine Erstattung des fortgezahlten Arbeitslohnes nach § 49 Abs. 4 Satz 2 BSeuchG nicht beanspruchen	16
6.	6. XII 78 IV ZR 82/77	a) Bei der Berechnung des Pflichtteils eines Abkömmlings und der Eltern des Erblassers bleibt der Voraus nur außer Ansatz, wenn der Überlebende Ehegatte gesetzlicher Erbe geworden ist.	